



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 46

BoAplus: Eine zukunftsfähige Lösung!

RWE stellt neues Kraftwerkskonzept vor

Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte, reduzierte Kühlturmhöhe und Verringerung der Verschattung sowie Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Zentrale Forderungen, die die CDU-Fraktion im Sommer 2007 an RWE in Bezug auf den Bau neuer Kraftwerke gerichtet hat.

Mehr als vier Jahre später hat RWE am 07.10.2011 mit der Übergabe des Anregungsschreibens an die Bezirksregierung Köln bezüglich des Kraftwerkskonzepts BoAplus am Standort Niederaußem ein neues Kapitel im Rahmen des Kraftwerkserneuerungsprogramms aufgeschlagen. Im Zuge dessen stellte RWE die Pläne für den Bau des modernen Kohlekraftwerks BoAplus am Standort Niederaußem vor und sagte gleichzeitig die mehr als kapazitätsgleiche Stilllegung von 4 X 300 MW-Blöcken zu. Zur Halbierung der geplanten Erneuerungskapazität von 2.200 MW auf nunmehr 1.100 MW präsentierte RWE den Einsatz eines Hybridkühlturms mit überwiegend nicht sichtbaren Schwaden und einer Bauhöhe von 100m statt der bisher geplanten 200m. Diese Bauweise erlaubt unter anderem eine deutlich reduzierte Flächeninanspruchnahme von nur noch 23 Hektar. Die ursprünglichen Pläne basierten auf einer Fläche von 160 Hektar.

CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz zeigt sich vorerst zufrieden: „RWE hat unsere Kritik aus 2007 ernst genommen und in dem neuen Kraftwerkskonzept einfließen lassen. Auf Basis der Pläne zu BoAplus kann man sicherlich zu einem guten Ergebnis für zukünftige Kraftwerke kommen.“

Zudem hat RWE zugesagt, bis Ende 2012 alle 100 MW und 150 MW-Kraftwerke an den Standorten Frimmersdorf, Niederaußem und Weisweiler als Kompensation für Boa 1,2 und 3 stillzulegen. Im Zuge der geforderten Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte würden dann langfristig in Frimmersdorf nur noch 600 MW, in Neurath 4.300 MW, in Niederaußem inklusive BoAplus 3.300 MW und in Weisweiler 1.800 MW produziert.

Allerdings: Mit Blick auf den bisherigen Verlauf seit 2004 hat die CDU-Fraktion in der Regionalratssitzung am 14.10.2011 in einer Anfrage angeregt, von Seiten der Bezirksregierung nach Möglichkeiten zu suchen, die von RWE zugesagte Stilllegung und den (Teil-)Abriss der 300 MW-Blöcke am Standort Niederaußem vertraglich und somit verbindlich zu regeln. Ebenso soll die Bezirksregierung erörtern, wer potentiellen Vertragspartner einer solchen Regelung sein könnten.



So könnte das neue Kraftwerk BoAplus am Standort Niederaußem aussehen.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

nach der Sommerpause ist einiges in Bewegung gekommen.



So wurde nach knapp zehn Jahren gefüllt mit Diskussionen, Gutachten und Umweltberichten in der Regionalratssitzung am 14.10.2011 endlich der Einleitungsbeschluss zu einem gestuften **Ausbau des Phantasialands** beschlossen.

Auch beim Thema **Quarkiesabbau** im Raum Kottenforst/Ville geht es voran. Die Bezirksregierung Köln hat im Rahmen einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Quarkies“ die neusten Entwicklungen dargestellt und teilweise überraschende Ergebnisse präsentiert. Bis zur Dezember-sitzung des Regionalrats soll eine beschlussfähige Vorlage erarbeitet und vorgelegt werden.

Lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe des Regionalratreports.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne und erholsame Herbstferien.

Ihr

Stefan Götz
(Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln)

Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: Vorwort
Kraftwerkskonzept RWE
- Seite 2: Erweiterung Phantasialand
Quarkiesabbau Kottenforst
- Seite 3: Verkehrsthemen, Termine
- Seite 4: Fraktion vor Ort: Großmarkt Köln

CDU-Fraktion fordert zügige Darstellung der potentiellen Ausgleichsmaßnahmen

Verfahren zum gestuften Ausbau des Phantasialands eingeleitet

Der Regionalrat hat in der Sitzung am 14.10.2011 den Erarbeitungsbeschluss zum Ausbau des Phantasialands beraten und das Verfahren auf Basis der Westalternative „D“ mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Freie Wähler gegen die Stimmen der Grünen beschlossen.

Aufatmen auf Seiten des Phantasialands, überwiegend zufriedene Gesichter im Regionalrat. „Wir haben mit unserem zusätzlichen Antrag mehr als deutlich gemacht, worauf es jetzt unter anderem ankommt. Eine transparente und zügige Darstellung der Ausgleichsmaßnahmen sowie ein für die Waldbilanz NRW qualitativ und quantitativ gewinnbringender Tausch zwischen öffentlichem und privatem Wald“, verdeutlicht Fraktionsvorsitzender Stefan Götz. An dieser Stelle sind jetzt in erster Linie das Phantasialand und die Stadt Brühl gefordert. Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe sprach diesbezüglich von einem „sehr attrak-

tiven Angebot für das Land, dem auch der Landesumweltminister folgen kann.“

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich das nach langer Zeit eingeleitete Verfahren. Dies sichert vor allem dem Unternehmen Phantasialand Planungssicherheit und stärkt zukunftsgerichtet die umliegende Region.

Auf Grundlage der Informationen der Arbeitsgruppe „Erweiterung Phantasialand“ und des vorliegenden Umweltberichts ist Stefan Götz überzeugt, dass die beschlossene Westalternative „D“ „die Konflikte am besten minimieren kann.“ Nach den Ergebnissen des Umweltberichts stehen der Alternative weder natur- und artenschutzrechtliche noch immissionschutzrechtliche Hindernisse entgegen.

Die Westalternative „D“ beinhaltet einen gestuften Ausbau des Phantasialands zunächst bis zur L194 inklusive des Naturschutzgebiets „Ententeich“. Ist

diese Fläche ausgeschöpft, könnte das Phantasialand nach einer umfassenden Bedarfsanalyse auch westlich der L194 ein Waldgebiet in Anspruch nehmen. Im nächsten Schritt folgt nun eine dreimonatige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange mit der Möglichkeit, Anregungen und Bedenken gegenüber der Stadt Brühl und der Bezirksregierung Köln vorzubringen. Erst danach folgt der endgültige Aufstellungsbeschluss.

WESTALTERNATIVE D Erweiterungsfläche 28,1 ha



Die Fläche westlich der L194 wird bei Bedarf erst in einem zweiten Schritt ausgewiesen.

Beschlussvorlage für die Dezembersitzung angekündigt

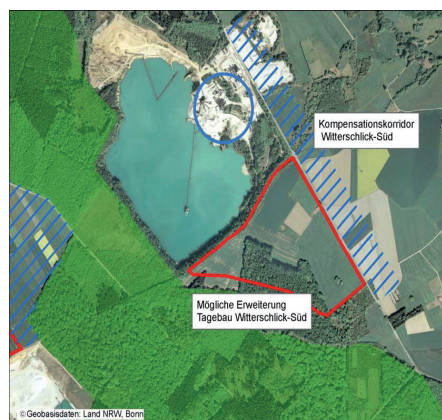
Ergebnisse der Arbeitsgruppe Quarzkies präsentiert

Die Bezirksregierung Köln hat am 26.09.2011 im Rahmen einer Ad-hoc Arbeitsgruppe „Quarzkies“ die neuesten Entwicklungen bezüglich der geplanten Erweiterung des Abbaus von hochreinem weißen Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville bei Bonn vorgestellt.

Die entscheidende Fragestellung im seit 2006 einzuleitenden Verfahren ist, welches Gebiet/welche Gebiete den prognostizierten Bedarf von 225.000 t/a in einem Planungszeitraum von mindestens 30 Jahren abdecken kann und welcher Eingriff dafür in die Landschaft vorzunehmen ist.

Zur Überraschung des Auditoriums stellte die Bezirksregierung nun dar, dass die geforderte langfristige Versor-

gungssicherheit bei einer Darstellung des Gebietes Witterschlick-Süd inklusive des vorhandenen Betriebsgeländes (siehe Karte) annähernd gegeben sei.



Markiert im blauen Kreis: Das Betriebsgelände Quarzwerke Witterschlick

Der Standort Weilerswist-Nord scheint in den Planungen der Bezirksregierung keine Rolle mehr zu spielen.

Die Regionalplanungsbehörde wird diesbezüglich für die Regionalratssitzung am 16.12.2011 den Vorschlag zur Aufstellung des Regionalplans vorbereiten.

„Entscheidend für die CDU-Fraktion ist in erster Linie, dass am Ende ein rechtssicherer und nicht anfechtbarer Beschluss steht, der den berechtigten Interessen der betroffenen Anwohner und den geforderten Rahmenbedingungen gerecht werden kann“ resümiert Brigitte Donie.

Es bleibt abzuwarten, ob die im Dezember zu erwartende Beschlussvorlage dann auch mehrheitlich beschlossen wird.

Politisches Signal aus Düsseldorf an die Niederlande dringend notwendig

Antrag auf Neubewertung der L42n findet breite Mehrheit

Ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD und FDP zur Neubewertung der L42n hat in der Regionalratssitzung am 14.10.2011 eine breite Mehrheit gefunden.

Zum Hintergrund:

Die L42 verläuft aus dem Stadtgebiet der Stadt Heinsberg kommend über Geilenkirchen durch den Übach-Palenberger Ortsteil Scherpenseel zur deutsch-niederländischen Grenze. 2005 wurde das Vorhaben einer Ortsumgehung L42n für Scherpenseel im IG-VP-Verfahren nur mit Stufe 2 im Landesstraßenbedarfsplan priorisiert. Ausschlaggebend dafür waren u.a. veraltete und nicht zutreffende Verkehrszahlen (1000 FZGe/Tag), das Nichtabnehmen der L42n auf niederländischer Seite sowie die ablehnende Haltung der Stadt Geilenkirchen aufgrund der sich als schwierig gestalteten Trassenfindung.

Aktuell stellt sich die Situation völlig anders dar:

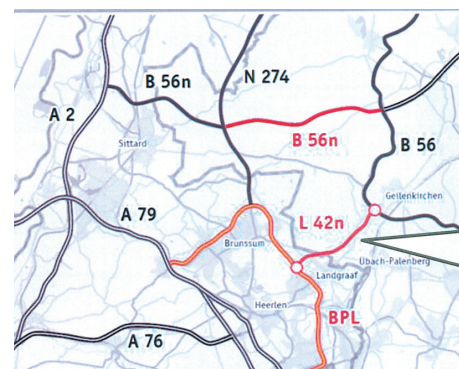
Das Projekt „Buitenring Parkstad Limburg“ auf niederländischer Seite bildet einen vollständigen autobahnähnlichen Ring um die Region Parkstad Limburg

mit ca. 240.000 Einwohnern. Die Anbindung dieser Infrastruktur an die L42n ist dringend notwendig und mit 3,5 Mio. Euro im Haushalt der Gemeinde Landgraaf fest eingeplant. Der Anschluß der L42n auf niederländischer Seite ist gewollt und (noch) finanziell gedeckt. Ein Verkehrsgutachten aus 2008 unter Beteiligung von Straßen.NRW und dem Landesverkehrsministeriums ermittelte für den Ort Scherpenseel eine Verkehrsbelastung von über 10.000 FZGe/Tag und prognostiziert bei Nicht-Realisierung der L42n eine Verkehrsbelastung von über 15.000 FZGe/Tag im Jahr 2025. Die Umsetzung der L42n würde wiederum die Belastung auf ca. 3.300 FZGe/Tag reduzieren. Die Problematik der Trassenfindung wurde mittlerweile einvernehmlich mit der Stadt Geilenkirchen gelöst.

Das Landesverkehrsministerium hat auf der Regionalkonferenz im Aachener Tivoli im Frühsommer dieses Jahres die L42n ausdrücklich als eines der wichtigsten grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekte herausgestellt.

Die Neubewertung und Anhebung der

Straße auf Priorität 1 ist zudem ein dringendes und notwendiges politisches Signal, damit die bereitgestellten Gelder auf niederländischer Seite weiter reserviert bleiben. Davon hat sich die CDU-Fraktion Mitte September vor Ort in Landgraaf unterrichten lassen und mit einem gemeinsamen Antrag auch die Fraktionen von SPD und FDP von der Wichtigkeit überzeugen können. Eine weitere Verzögerung in Düsseldorf wäre erstens nachteilig für die gesamte Region und zweitens kein gutes Signal für die deutsch-niederländische Freundschaft und Zusammenarbeit.



Die L42n ist für die Entwicklung der Region eine unverzichtbare Infrastrukturmaßnahme.

Termine der Fraktion

Unterkommission Ville-Eifel:

Mittw., 16. November 2011, 10:30Uhr, Niederlassung Ville-Eifel

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen:

Fr., 25. November 2011, 10.00 Uhr, Stadthaus Bonn

Verkehrskommission:

Fr., 02. Dezember 2011, 10.00Uhr, IHK zu Köln, Camphausen Saal

Fraktionssitzung:

Fr., 09. Dezember 2011, 10.00Uhr, Bezirksregierung Köln

Regionalratssitzung:

Fr., 16. Dezember 2011, 10.00Uhr, IHK zu Köln, Camphausen Saal

Braunkohleausschuss:

Mo., 19. Dezember 2011, 10.30Uhr, Kreishaus Grevenbroich

Landesstraßenbedarfsplan Stufe 1

Priorisierungsliste sorgt für Unmut

Die vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Wohnen und Verkehr vorgelegte neue Prioritätenliste für den Straßenbau in NRW stößt auf Unverständnis bei der CDU. Insgesamt werden 157 von ursprünglich 290 Projekten, also mehr als die Hälfte, bei Landes-, Bundesstraßen und Autobahnen auf lange Sicht hin nicht mehr realisiert. Dabei ist völlig unklar, unter welchen Kriterien die Auswahl getroffen wurde. Selbst die Fachleute des Landesbetriebs konnten dazu keine Auskunft geben, da sie an der Auswahl offensichtlich nicht beteiligt waren. „Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Entscheidungen durch politischen Kuhhandel zwischen Roten und Grünen ausgehandelt wurden“, kritisiert Karsten Möring, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

Allein 66 der 157 gestrichenen Projekte betreffen den Regierungsbezirk Köln. Keine guten Nachrichten aus Düsseldorf!

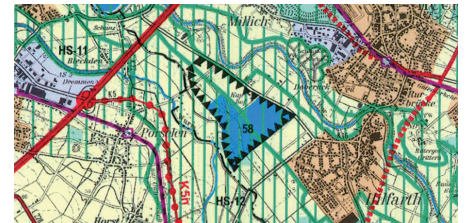
Regionalplanänderung BSAB Hückelhoven-Kaphof

Erweiterung der Nassabgrabungsfläche Kaphof beschlossen

8,5 Hektar groß sollte die Erweiterung der Nassabgrabungsfläche Kaphof im Stadtgebiet Hückelhoven nach Wunsch und Antrag der Firma Laprell von September 2010 werden. Diese sei aufgrund einer erhöhten Nachfrage nach Kies und Sand notwendig geworden. Allerdings hat die Bezirksregierung in einer Vorlage zur Regionalratssitzung am 15.07.2011 aufgrund von erheblichen Umweltbedenken eine potentielle Erweiterung auf 35 Hektar reduziert. Aufgrund der unzureichenden Vorbereitungszeit

für die Fraktionen wurde die Vorlage abgesetzt und aufgrund von Beratungsbedarf in die Sitzung am 14.10.2011 geschoben. Zeit, die die CDU-Fraktion unter anderem nutzen, um sich vor Ort einen Eindruck zu machen. Problematisch erschien dabei vor allem die zu erweiternde Fläche (25ha) südöstlich der bestehenden Abgrabung in Richtung der Ortschaft Hilfrath. Hier müsste die Planung aufgrund der beträchtlichen Nähe zum Wohngebiet im Interesse der Bürger angepasst werden. Damit jedoch die Regionalplanände-

rung erst einmal eingeleitet werden kann, stimmte die CDU-Fraktion auch im Sinne der Firma Laprell der Vorlage zu.



Ausschnitt aus dem Regionalplan mit der Erweiterung BSAB Hückelhoven-Kaphof

Fraktion vor Ort: Besichtigung des Kölner Großmarkt

Verlegung ist eine große logistische Herausforderung

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln war am 21.10.2011 zu Gast auf dem Gelände des Kölner Großmarkt. Dieser ist nach seiner Fertigstellung im Jahr 1940 auf eine Nutzfläche von mittlerweile 90.000qm angewachsen. Die Gesamtfläche beträgt gar 290.000qm. Der Kölner Großmarkt ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Köln zur Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse und sonstigen Lebensmitteln. Jährlich werden ca. 1,2 Millionen Tonnen an Waren von 220 ansässigen Firmen umgesetzt. 2020 soll der Großmarkt von Köln-Raderthal verlagert werden. Die aktuell diskutierte Option

Marsdorf ist jedoch nicht unumstritten. Die CDU-Fraktion informierte sich diesbezüglich unter anderem über die potentiellen Auswirkungen auf die Verkehrsströme in Köln und die umliegende Region sowie über die zukünftigen Rahmenbedingungen und Herausforderungen eines modernen und flexiblen Großmarktes. Neben einer 16ha großen Großmarkthalle mit Frischezentrum liegt der Fokus der Planungen für das zukünftige Gelände vor allem auf einem durchdachten Verkehrskonzept mit ausreichend Parkplätzen für LKW, Mitarbeiter und Kunden. Ein von der Stadt Köln in Auftrag gebe-

nes Verkehrsgutachten kann seit dem 21.10.2011 auf der Internetseite der Stadt Köln heruntergeladen werden.



Neben zahlreichen Informationen durfte auch mal eine saftige Mango gekostet werden

Die CDU-Fraktion
im Regionalrat Köln
wünscht schöne und erholsame
Herbstferien



CDU REGIONALRAT
KÖLN



IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

Heidi-Rackwitz Zimmermann
Rhein-Sieg Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

Dieter Heuel
(Vorsitzender der Verkehrskommission)
Rhein-Sieg-Kreis

Franz-Michael Jansen
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionplanung und Strukturfragen)
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de